

Wochenbericht

Das industrielle Innovationspotential der Regionen: Stuttgart und München weiter vorn

Seite **576**

Die Regionen München und Stuttgart haben ihre führende Stellung in der industriellen Forschung und Entwicklung behauptet. Verstädterte Regionen treten jedoch zunehmend in Konkurrenz zu Metropolen. Vor allem ostdeutsche Regionen fallen dagegen weiter zurück.

von Alexander Eickelpasch

Strukturschwache Regionen können ihren Rückstand aufholen

Seite **577**

Fünf Fragen an Alexander Eickelpasch

Grundlegende Gewerbesteuerreformen haben deutliche Umverteilungswirkungen

Seite **586**

Die Gewerbesteuer bringen vor allem große Unternehmen mit hohen Gewinnen auf. Reformvorschläge, die die Besteuerungsgrundlage verbreitern, führen zu einer gleichmäßigeren Verteilung. Allerdings müssten dann auch Unternehmen mit geringen Gewinnen oder mit Verlusten Gewerbesteuer zahlen.

von Stefan Bach und Frank Fossen

Europa braucht eine zentrale Finanzaufsicht

Seite **594**

Kommentar von Mechthild Schrooten

Das industrielle Innovationspotential der Regionen: Stuttgart und München weiter vorn

Alexander Eickelpasch
aeickelpasch@diw.de

Die Innovationskraft ist nicht nur für Nationen, sondern auch für Regionen eine elementare Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Wohlstand. Gemessen an der FuE-Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe ist die regionale Konzentration seit 1998 unverändert hoch. Mit großem Abstand führen die Regionen München und Stuttgart. Die Befunde zeigen, dass nicht nur starke Regionen vom Strukturwandel profitieren, sondern dass es auch Spielräume für benachteiligte Regionen gibt. Umgekehrt gibt es für Regionen mit Vorsprung keine Garantie auf eine künftige Führungsrolle. Gewonnen haben vor allem verstädterte Regionen. Auffällig ist, dass – von Ausnahmen abgesehen – Ostdeutschland als Forschungsstandort zurückgeblieben ist.

Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen wird immer mehr davon bestimmt, inwieweit es ihnen gelingt, neue Produkte und Verfahren zu entwickeln und am Markt durchzusetzen. Zunehmende Komplexität und Arbeitsteilung führen dazu, dass Unternehmen nicht nur selbst Forschung und Entwicklung betreiben, sondern Wissen auch von anderen Unternehmen, von Hochschulen und von Forschungseinrichtungen beziehen. Räumliche Nähe zu den Kooperationspartnern kann dabei die Austauschprozesse erleichtern. Eine ganze Reihe von theoretischen und empirischen Studien verweisen auf diese Zusammenhänge.¹

Bund, Länder und die Europäische Kommission stützen sich auf diese Erkenntnisse und haben in den letzten Jahren die räumliche Dimension stärker in ihre Politik einbezogen, sowohl in Ansätzen einer „regionalisierten“ Innovationspolitik, die die Bildung und den Aufbau regionaler Innovationspotentiale (auch in strukturschwachen Gebieten) zum Ziel haben,² als auch in Ansätzen einer nationalen Innovationspolitik, die durch Förderung führender Cluster gesamtwirtschaftliche Wachstumseffekte induzieren will.³

Die vorliegende Studie untersucht die regionalen Innovationspotentiale im verarbeitenden Gewerbe Deutschlands im Zeitraum von 1998 bis 2007. Bislang liegen dazu nur wenig differenzierte und nicht mehr ganz aktuelle Informationen vor.⁴

¹ Vgl. etwa Simmie, J.: Innovation and Space: A Critical Review of the Literature. In: Regional Studies Jg. 39, 2005, 789–804.

² Etwa die Programme „Unternehmen Region“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

³ Aktuelles Beispiel ist der Spitzencluster-Wettbewerb des BMBF im Rahmen der Hightech-Strategie des Bundes.

⁴ Vgl. Legler, H., Gehrke, B., Belitz, H., Grenzmann, C.: Forschungslandschaft Deutschland. Essen 2008; Kreuels, B.: FuE des Wirtschaftssektors 2003 in den Regionen. In: Legler, H., Grenzmann, C. (Hrsg.): FuE-Aktivitäten der deutschen Wirtschaft. Essen 2006.

Fünf Fragen an Alexander Eickelpasch

„Strukturschwache Regionen können ihren Rückstand aufholen“



Alexander Eickelpasch
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter der
Abteilung
Innovation, Industrie,
Dienstleistungen
am DIW Berlin

Herr Eickelpasch, Sie haben die Innovationskraft in den verschiedenen Regionen Deutschlands untersucht. Wie hat sich die Zahl der Beschäftigten im Bereich Forschung und Entwicklung in den letzten Jahren entwickelt?

Wir haben den Zeitraum 1998 bis 2007 untersucht. 2007 lag die Zahl der Beschäftigten im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) in der Industrie bei 353 000. Das ist ein Zuwachs gegenüber 1998 um knapp 15 Prozent. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Beschäftigten in der gesamten Industrie zurückgegangen. Der Anteil der FuE-Beschäftigten ist damit kontinuierlich von 4,2 auf 5,3 Prozent gestiegen.

Vergleicht man die Innovationskraft verschiedener Regionen in Deutschland, stehen München und Stuttgart regelmäßig auf den ersten Plätzen. Was macht man dort besser?

Ein Grund ist, dass Stuttgart und München allein durch ihre Größe schon attraktive Standorte sind. Dadurch gibt es Nachzieheffekte, die dazu führen, dass sich auch andere Unternehmen dort ansiedeln, weil sie wissen, dass hier erfolgreiche Großunternehmen tätig sind. Ein anderer Grund ist die Unternehmensstruktur. Große Unternehmen forschen weitaus intensiver als kleinere Unternehmen. Deshalb ist dort die Ballung besonders stark.

Wie wichtig ist die räumliche Konzentration im Bereich Forschung und Entwicklung? Steht ein Unternehmen, das sich alleine irgendwo ansiedelt, auf verlorenem Posten?

Unser Bericht zeigt, dass schiere Größe keine Garantie für eine künftige Entwicklung ist. Wenn man sich die etwas kleineren Standorte anschaut, sieht man, dass zwar einige von ihnen zurückgefallen sind, andere aber aufgeholt haben. Hier gibt es also eine gewisse Fluktuation. Wie attraktiv eine Region ist, hängt nicht unwesentlich von den Rahmenbedingungen vor Ort ab. Trotz der modernen Kommunikationsmöglichkeiten bleibt in Forschung und Entwick-

lung der unmittelbare Kontakt zu Partnern in Unternehmen und Wissenschaft wichtig. Es ist schon sehr hilfreich, sich schnell und unkompliziert treffen zu können. Außerdem ist es dadurch einfacher, qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Standorte, die gut ausgestattet sind mit wissenschaftlicher Infrastruktur wie Universitäten und Forschungseinrichtungen, haben also größere Chancen, im Ranking aufzusteigen.

Wie fällt der regionale Vergleich aus? Welche Regionen haben aufgeholt, welche haben verloren?

Viele ostdeutsche Regionen haben weniger zugelegt, als es wünschenswert gewesen wäre. Das betrifft sowohl die Zahl der FuE-Beschäftigten als auch den FuE-Besatz, also den Anteil der in FuE tätigen Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe insgesamt. Ausnahmen sind Dresden und Berlin. Dresden hat es aufgrund seiner Tradition und attraktiver

» Schiere Größe ist keine Garantie für eine künftige Entwicklung! «

Standortbedingungen geschafft, internationale Investoren anzusiedeln. Wir haben aber auch in Westdeutschland Veränderungen. Dort sind neben Standorten in Süddeutschland die Regionen Bremen und Hamburg interessant, die einen deutlichen Zuwachs verzeichnen können.

Was können strukturschwache Regionen unternehmen, um im Bereich Forschung und Entwicklung aufzuschließen?

Die Ansiedlung oder der Ausbau von Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen ist eine wichtige Option. Dieser Weg wurde in Ostdeutschland beschritten. Erfolge stellen sich aber erst mit der Zeit ein. Ebenfalls wichtig ist eine offensive Ansiedlungs- und Bestandspolitik. Hier liegt die Verantwortung bei den Kommunalpolitikern. Ein positives Beispiel dafür ist Dresden.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.

Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de

Konkret wird untersucht,

- wie stark das industrielle Innovationspotential räumlich konzentriert ist und
- wie groß die Disparitäten zwischen den einzelnen Regionen sind.

Indikator für das industrielle Innovationspotential sind die Beschäftigten im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) im verarbeitenden Gewerbe. Informationsgrundlage ist die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Kasten).

Da anzunehmen ist, dass die relativen Positionen der Regionen nach Technologiefeldern variieren, wird die Analyse der räumlichen Entwicklungsprozesse nach Gruppen von Branchen mit unterschiedlicher Technologieintensität differenziert.⁵ Diese Branchenklassifizierung basiert auf dem Kriterium, in welchem Umfang FuE von den Unternehmen betrieben wird. Damit wird zwar ein wesentliches Element im Innovationsprozess erfasst. Aussagen über die Qualität der FuE beziehungsweise über andere Innovationsaktivitäten sind aber damit nicht möglich.

Industrielle Forschung und Entwicklung räumlich stark konzentriert

Im Jahr 2007 waren im verarbeitenden Gewerbe 353 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in FuE tätig. Dies sind 54 Prozent aller FuE-Beschäftigten in Deutschland. Zum Vergleich: Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt bei 24 Prozent. Der Schwerpunkt von FuE ist also, zumindest gemessen an dieser Definition, das verarbeitende Gewerbe.

Ein Bild über den Grad der regionalen Konzentration der FuE-Aktivitäten vermittelt der Gini-Koeffizient. Er ist ein Maß für die Ungleichheit einer Verteilung. Der Koeffizient kann Werte zwischen 0 (vollkommene Gleichverteilung über alle Regionen) und 1 (vollkommene Konzentration auf eine Region) annehmen. Die Konzentration der FuE-Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe liegt bei einem Wert von gut 0,55 (Abbildung 1). Die FuE-Aktivitäten waren damit deutlich höher konzentriert als die Gesamtbeschäftigung im verarbeitenden Gewerbe (0,39).

In der sogenannten „Spitzentechnologie“ – hierzu zählen die Pharmazeutische Industrie,

die EDV-Geräte-Industrie, die Rundfunk- und Nachrichtentechnik, die Medizin-, Mess- und Regeltechnik und die Luftfahrtindustrie – ist der Gini-Koeffizient am höchsten, in der „Niedrigtechnologie“ – Verbrauchsgüterindustrie und Medien – am geringsten.

Der Grad der räumlichen Konzentration blieb im Zeitverlauf recht stabil. In der „Niedrigtechnologie“ ist allerdings ein leichter Trend zur Dekonzentration der FuE-Aktivitäten zu erkennen. Dies gilt auch für die Gesamtbeschäftigung im verarbeitenden Gewerbe.

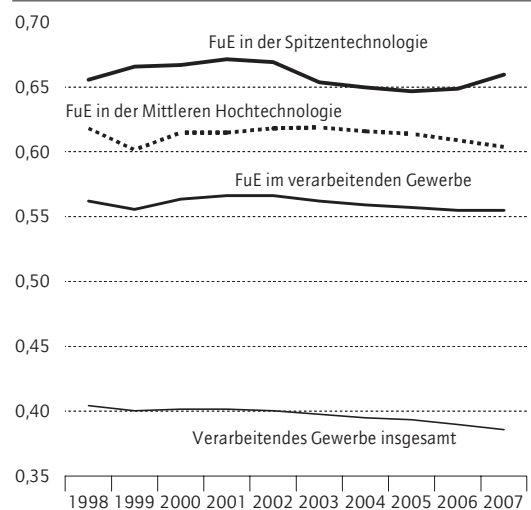
Stuttgart und München behaupten ihre Führungsrolle

Von allen FuE-Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe Deutschlands waren im Jahr 2007 allein zehn Prozent in der Region Stuttgart und fast neun Prozent in der Region München tätig (Tabelle 1). Auf die führenden drei Regionen entfiel fast ein Viertel aller industriellen Innovationskapazitäten Deutschlands. Die folgenden sieben Regionen (Hamburg, Düsseldorf, Berlin, Rhein-Main, Braunschweig, Karlsruhe und Köln) vereinigen ein weiteres Fünftel auf sich. Zusammen genommen sind in diesen zehn Regionen knapp 45 Prozent aller Innovationskapazitäten konzentriert. An der Gesamtbeschäftigung des

Abbildung 1

Entwicklung der räumlichen Konzentration der FuE-Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe

Gini-Koeffizienten



⁵ Hier wurde die Abgrenzung der OECD und Eurostat benutzt. Vgl. Kasten.

Quellen: Beschäftigtenstatistik; Berechnungen des DIW Berlin.

Tabelle 1

FuE-Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Regionen und Regionstypen

Anteile in Prozent

1998			2007		
	FuE-Beschäftigte	Beschäftigte insgesamt		FuE-Beschäftigte	Beschäftigte insgesamt
Stuttgart	10,0	5,3	Stuttgart	10,1	5,3
München	7,9	3,3	München	8,7	3,3
Düsseldorf	4,6	3,8	Nürnberg/ Erlangen	4,1	2,3
Die 3 führenden Regionen	22,4	12,4	Die 3 führenden Regionen	22,9	10,9
Berlin	4,1	2,8	Hamburg	4,1	3,0
Rhein-Main	4,1	2,5	Düsseldorf	3,8	3,8
Nürnberg/ Erlangen	3,9	2,3	Berlin	3,3	2,8
Köln	3,6	2,2	Rhein-Main	3,2	2,5
Hamburg	3,5	3,0	Braunschweig	2,6	2,0
Darmstadt	2,5	1,3	Karlsruhe	2,4	1,7
Braunschweig	2,2	2,0	Köln	2,4	2,2
Die 10 führenden Regionen	46,1	28,4	Die 10 führenden Regionen	44,7	28,8
Agglomerationsräume	65,1	50,9	Agglomerationsräume	62,1	48,3
Verstädterte Räume	28,4	37,3	Verstädterte Räume	30,8	39,0
Ländliche Räume	6,5	11,8	Ländliche Räume	7,1	12,7
Westdeutschland	87,9	87,4	Westdeutschland	89,3	86,7
Ostdeutschland	12,1	12,6	Ostdeutschland	10,7	13,3
<i>Nachrichtlich:</i> Verarbeitendes Gewerbe in 1 000 Personen	307,4	7 348,4	<i>Nachrichtlich:</i> Verarbeitendes Gewerbe in 1 000 Personen	353,3	6 693,4

Quellen: Beschäftigtenstatistik; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

verarbeitenden Gewerbes hatten diese Regionen dagegen nur einen Anteil von 29 Prozent.

Von 1998 bis 2007 ist die Zahl der FuE-Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe um 14,9 Prozent gestiegen. Gleichzeitig ging die Zahl der insgesamt im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten um fast neun Prozent zurück, so dass sich die FuE-Intensität deutlich erhöhte. Im Zuge dieser Entwicklung hat die Konzentration der industriellen FuE-Aktivitäten auf die drei führenden Regionen leicht zugenommen (von 22,4 auf 22,9 Prozent), während der Anteil der führenden zehn Regionen etwas zurückging (von 46,1 auf 44,7 Prozent). An der Spitze der Rangfolge hat sich nichts geändert. Stuttgart und München haben ihre führende Stellung weiter ausgebaut. Auf den folgenden Rängen gab es aber Verschiebungen. Drei Regionen verbesserten ihre Rangposition (Nürnberg/ Erlangen, Hamburg und Braunschweig), und vier Regionen fielen zurück (Düsseldorf, Berlin, Rhein-Main und Köln). Die Region Karlsruhe (Rang 9) zählte 1998 noch nicht zu den zehn führenden Regionen, während Darmstadt jetzt nicht mehr dazu gehört.

Werden die Regionen nach der Siedlungsdichte (Agglomerationen, verstädterte Räume und ländliche Räume) zusammengefasst, zeigt sich, dass die Konzentration der industriellen FuE-

Beschäftigung auf die Agglomerationen abgenommen hat (von 65,1 auf 62,1 Prozent) und der Anteil der verstädterten Räume an der FuE-Beschäftigung größer geworden ist. Offenbar sind auch Regionen mit geringerer Siedlungsdichte attraktiver für FuE geworden. Auffällig ist, dass die Bedeutung Ostdeutschlands als Standort für industrielle FuE zurückgegangen (von 12,1 auf 10,7 Prozent), seine Bedeutung als Industriestandort jedoch gestiegen ist (von 12,6 auf 13,3 Prozent). Dies liegt daran, dass der Strukturwandel zu mehr FuE (Expansion der FuE-Beschäftigung, Schrumpfung der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe insgesamt) vor allem in Westdeutschland stattfand. In Ostdeutschland nahm dagegen die FuE-Beschäftigung nur wenig zu und die Gesamtbeschäftigung nur geringfügig ab. Offensichtlich steht bei der industriellen Erneuerung in Ostdeutschland die Fertigung im Vordergrund. Der Aufbau von FuE-Kapazitäten verläuft dagegen nur schleppend.

Besonders stark ist die räumliche Konzentration der FuE-Beschäftigung in der „Spitzentechnologie“. In dieser Branchengruppe entfallen auf die ersten drei Regionen 28,9 Prozent der FuE-Beschäftigten, auf die ersten zehn Regionen mehr als die Hälfte. Führend sind hier die Regionen München, Hamburg und Stuttgart. Je geringer die Technologieintensität der Branchen ist, umso

Grundlagen

Als Indikator zur Messung des industriellen Innovationsinputs wird hier die Zahl der Forscher und Entwickler (FuE) in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes gewählt. Informationen in der notwendigen tiefen regionalen Gliederung liefert die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Beschäftigtenstatistik). Zu der hier betrachteten Personengruppe zählen Beschäftigte, die nach der Klassifikation der Berufe 1988 der Bundesanstalt für Arbeit in den Berufen Ingenieure, Chemiker, Physiker und in anderen naturwissenschaftlichen Fachgebieten tätig sind.¹ Aufbereitet wurden die Daten zum Stichtag 30. Juni für die Jahre 1998 bis 2007.

Als regionale Einheiten wurden die vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) landesscharf abgegrenzten Raumordnungsregionen (ROR) gewählt.² Sie bilden durch die Zusammenfassung von Kreisen näherungsweise die sozio-ökonomischen Beziehungen zwischen dem Kern und dem Umland einer Region ab. Davon ausgenommen sind jedoch die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg. Um auch für sie eine entsprechende Abgrenzung zu gewährleisten und zu bundesweit vergleichbaren Regionen zu kommen, hat die BBR sogenannte „Analyseregionen“ gebildet und dazu die ROR Berlin mit den Umlandkreisen zur Region

¹ Vgl. Bade, F.-J.: Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsnahe Dienstleistungen. Sonderheft 143 des DIW Berlin, 1987.

² Vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung [Elektronische Ressource]. INKAR. Ausgabe 2007, Bonn 2008.

FuE-Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes 2007

In Prozent

	FuE-Beschäftigte	Anteil an allen Beschäftigten	Nachrichtlich: Alle Beschäftigten
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	100	5,3	100
Spitzentechnologie	28,2	11,8	12,6
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	2,4	6,6	1,9
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	1,4	13,7	0,6
Rundfunk- und Nachrichtentechnik	8,8	15,6	3,0
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren	11,3	10,0	6,0
Luft- und Raumfahrzeugbau	4,2	18,9	1,2
Mittlere Hochtechnologie	56,3	7,9	37,4
Herstellung von chemischen Grundstoffen	3,9	8,7	2,4
Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmitteln	0,1	7,9	0,1
Herstellung von Anstrichmitteln, Druckfarben und Kittungen	0,5	4,2	0,6
Herstellung von Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Körperpflegemitteln sowie von Duftstoffen	0,5	4,3	0,6
Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen	0,9	6,2	0,8
Herstellung von Chemiefasern	0,3	5,1	0,3
Maschinenbau	20,6	7,1	15,4
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	12,7	11,4	5,9
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	15,9	7,8	10,8
Bahnindustrie	0,7	9,9	0,4
Mittlere Niedrigtechnologie	12,1	2,5	25,7
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	0,7	8,7	0,4
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2,7	2,5	5,7
Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1,2	2,0	3,1
Metallerzeugung und -bearbeitung	2,6	2,9	4,7
Herstellung von Metallerzeugnissen	4,4	2,0	11,4
Schiff- und Bootsbau	0,5	7,4	0,4
Niedrigtechnologie	3,3	0,7	24,2
Ernährungsgewerbe	1,0	0,5	9,7
Tabakverarbeitung	0,1	2,0	0,1
Textilgewerbe	0,3	1,1	1,3
Bekleidungsgewerbe	0,0	0,3	0,6
Ledergewerbe	0,0	0,4	0,3
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	0,2	0,6	2,1
Papiergewerbe	0,6	1,6	2,0
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	0,5	0,6	4,7
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	0,5	0,9	2,9
Recycling	0,1	1,0	0,6
Beschäftigte in 1 000 Personen	353,3	–	6 693,4

Quellen: Beschäftigtenstatistik; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Berlin zusammengefasst – entsprechend wurden die angrenzenden ROR kleiner oder sind ganz weggefallen – sowie die ROR Bremen und Hamburg mit den jeweils angrenzenden ROR. Die Regionen können entsprechend ihrer Siedlungsdichte nach drei sogenannten „Regionsgrundtypen“ zusammengefasst werden, den „Agglomerationsräumen“ (25 Regionen), den „verstädterten Räumen“ (42 Regionen) und den „ländlichen Räumen“ (25 Regionen). 71 Regionen liegen in Westdeutschland, 21 in Ostdeutschland. Um die Lesbarkeit der Benennung der Regionen zu erleichtern, wurde bei einigen Regionen die offizielle Bezeichnung durch den Namen der größten in der Region befindlichen Stadt ersetzt.

Grundlage für die Unterscheidung der Branchen nach ihrer Technologieintensität ist die Klassifikation von OECD und Eurostat.³ Kriterium für die Abgrenzung sind

³ Vgl. Hatzichronoglou, T.: Revision of the High-Technology Sector and Product Classification. OECD Science, Technology and Industry Working Papers, 1997/2, Paris.

die Ausgaben für FuE, gemessen als Anteil am Umsatz. Unterschieden werden die Gruppen „Spitzentechnologie“ (Pharmazie, EDV-Geräte, Teile der Elektrotechnik, Luft- und Raumfahrt) und „Mittlere Hochtechnologie“ (Chemie, Teile der Elektrotechnik, Maschinenbau, Automobilindustrie) sowie „Mittlere Niedrigtechnologie“ und „Niedrigtechnologie“.

Die Klassifizierung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dieser Gruppierung zeigt erwartungsgemäß, dass die FuE-Beschäftigten vor allem in den Branchen tätig sind, die zur „Spitzentechnologie“ und zur „Mittleren Hochtechnologie“ zählen (Tabelle). Auf beide Branchengruppen entfallen mit knapp 300 000 fast 85 Prozent der FuE-Beschäftigten. In der „Mittleren Niedrigtechnologie“ sind 43 000, in der „Niedrigtechnologie“ 12 000 FuE-Beschäftigte tätig. Auch die FuE-Intensität – Anteil der FuE-Beschäftigten an allen Beschäftigten – ist in der „Spitzentechnologie“ und in der „Mittleren Hochtechnologie“ erwartungsgemäß höher als in den anderen Branchengruppen.

schwächer ist tendenziell die räumliche Konzentration ihrer FuE-Aktivitäten. Die Regionen Stuttgart und München zählen aber auch in den Branchen mit mittlerer oder niedriger Technologieintensität zu den führenden FuE-Standorten. Differenziert nach der Siedlungsdichte ist die FuE-Beschäftigung in der „Mittleren Hochtechnologie“ etwas stärker in Agglomerationen konzentriert als FuE in anderen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes (Tabelle 2).

Auch bei der Veränderung der räumlichen Konzentration von FuE gab es zwischen den einzelnen Branchengruppen Unterschiede. In der „Spitzentechnologie“ hat – bei stark steigender Beschäftigtenzahl – der Anteil der ersten zehn Regionen 2007 gegenüber 1998 etwas zugenommen, in den anderen Technologiebereichen ist er zurückgegangen. Ähnlich wie im verarbeitenden Gewerbe hat auch in den technologieintensiven Branchen die Konzentration auf Agglomerationen abgenommen. Besonders stark war der Rückgang in der „Mittleren Hochtechnologie“ (von 67,9 auf 63,3 Prozent). Gewinner waren die verstädterten Räume.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Innovationspotentiale der Industrie stark auf Verdichtungsräume konzentriert sind. Dies gilt insbesondere für Branchen der „Spitzen-“ und „Mittleren Hochtechnologie“. Offenbar bieten diese Regionen besonders gute Voraussetzungen für die Innovationsaktivitäten von Unternehmen.

Das Verteilungsmuster ist im Zeitverlauf recht stabil. Damit hat sich der in den 90er Jahren beobachtete Trend der räumlichen Dekonzentration nicht in dem Tempo fortgesetzt.⁶ Dies bedeutet

⁶ Vgl. etwa ISI (Koordination), DIW, IfW, NIW: Regionale Verteilung von Innovations- und Technologiepotentialen in Deutschland und in Europa. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Karlsruhe 2000; oder Schönert, M.: Das personelle Innovationspotenzial. Bremen 2000. Untersuchungen aus den 90er Jahren haben sich meist nur auf Westdeutschland bezogen.

Tabelle 2

FuE-Beschäftigung in technologieintensiven Branchen des verarbeitenden Gewerbes nach Regionstypen

Anteile in Prozent

	1998		2007	
	FuE-Beschäftigte	Beschäftigte insgesamt	FuE-Beschäftigte	Beschäftigte insgesamt
Spitzentechnologie	100	100	100	100
Agglomerationsräume	65,8	56,0	65,1	53,8
Verstädterte Räume	29,5	35,6	28,7	36,7
Ländliche Räume	4,7	8,4	6,2	9,5
Westdeutschland	87,6	88,1	87,7	86,1
Ostdeutschland	12,4	11,9	12,3	13,9
In 1 000 Personen	77,3	798,4	99,7	846,1
Mittlere Hochtechnologie	100	100	100	100
Agglomerationsräume	67,9	55,2	63,3	51,6
Verstädterte Räume	26,3	35,2	30,2	37,4
Ländliche Räume	5,8	9,6	6,5	11,0
Westdeutschland	90,1	91,0	91,9	90,2
Ostdeutschland	9,9	9,0	8,1	9,8
In 1 000 Personen	174,3	2 614,5	199,0	2 504,8

Quellen: Beschäftigtenstatistik; Berechnungen des DIW Berlin.

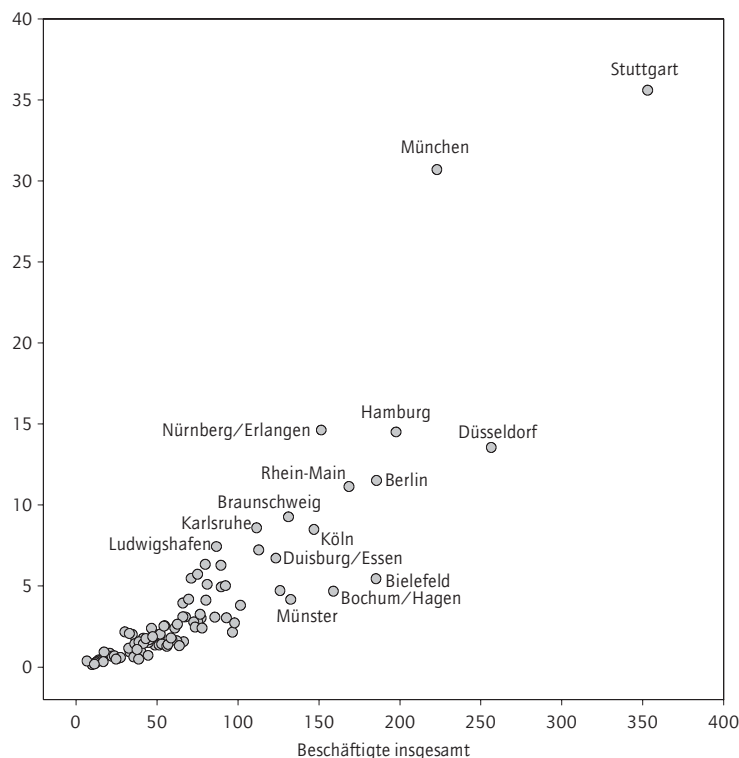
DIW Berlin 2008

Abbildung 2

FuE-Beschäftigte und Beschäftigte insgesamt im verarbeitenden Gewerbe 2007 nach Regionen

In 1 000 Personen

FuE-Beschäftigte



Quellen: Beschäftigtenstatistik; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Tabelle 3

FuE-Intensität im verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Regionen und Regionstypen

Anteil der FuE-Beschäftigten an allen Beschäftigten

1998			2007		
	In Prozent	Index ¹		In Prozent	Index ¹
Insgesamt	4,2	100	Insgesamt	5,3	100
<i>Darunter:</i>			<i>Darunter:</i>		
München	10,9	260	München	13,8	261
Stuttgart	7,7	184	Stuttgart	10,1	191
Nürnberg/Erlangen	7,7	183	Nürnberg/Erlangen	9,7	183
Darmstadt	6,8	163	Darmstadt	8,6	163
Friedrichshafen	6,5	155	Bremen	7,9	150
Rhein-Main	5,8	139	Karlsruhe	7,7	146
Bremen	5,7	137	Dresden	7,7	146
Köln	5,7	137	Friedrichshafen	7,6	145
Ludwigshafen	5,6	134	Hamburg	7,3	139
Dresden	5,6	133	Kiel	7,2	136
Agglomerationsräume	5,3	128	Agglomerationsräume	6,8	128
Verstädterte Räume	3,2	76	Verstädterte Räume	4,2	79
Ländliche Räume	2,3	55	Ländliche Räume	3,0	56
Westdeutschland	4,2	101	Westdeutschland	5,4	103
Ostdeutschland	4,0	96	Ostdeutschland	4,3	81

¹ Deutschland = 100.

Quellen: Beschäftigtenstatistik; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

jedoch nicht Stabilität im Ranking der Regionen untereinander. München und Stuttgart belegen unangefochten die ersten beiden Plätze. Verstärkte Regionen haben an Bedeutung gewonnen, ostdeutsche haben verloren.

Große Forschungsstandorte sind auch starke Industriestandorte

Die Gegenüberstellung von FuE-Beschäftigung und Gesamtbeschäftigung zeigt, dass Standorte, die einen Großteil der industriellen FuE-Kapazitäten auf sich vereinigen, auch insgesamt starke Industriestandorte sind (Abbildung 2). So sind in Stuttgart nicht nur die meisten FuE-Beschäftigten tätig, sondern auch die meisten Industriebeschäftigten. Gleichwohl ist dieser Zusammenhang nicht linear. Die FuE-Intensität, der Anteil der FuE-Beschäftigten an allen Beschäftigten, variiert daher.

Im Jahr 2007 waren 5,3 Prozent aller Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe in FuE-Berufen tätig. Mit Abstand am höchsten ist die FuE-Intensität mit 13,8 Prozent in der Region München. Das ist das 2,6-fache des Durchschnitts aller Regionen (Tabelle 3). Auch in den Regionen Stuttgart, Nürnberg/Erlangen, Darmstadt und Bremen ist die FuE-Intensität besonders hoch – sie übersteigt den Bundesdurchschnitt um mehr als die Hälfte. Während diese Spitzengruppe von Regionen ausnahmslos aus westdeutschen Agglomerationsräumen besteht, zählen zu den übrigen Regionen mit relativ hoher industrieller FuE-Intensität auch ein ostdeutscher Ballungsraum (Dresden) sowie eine Reihe von verstärkten und ländlichen Regionen, beispielsweise Friedrichshafen, Kiel, Regensburg und Schwedt (Karte).

Am geringsten ist die FuE-Intensität der Industrie in der Region Trier. Hier sind nur 1,3 Prozent der Industriebeschäftigten in FuE-Berufen tätig. Dies entspricht 24 Prozent des nationalen Durchschnitts. Insgesamt erreichen 19 der 63 Regionen mit unterdurchschnittlicher FuE-Intensität nicht mehr als die Hälfte des Wertes für Deutschland, sieben davon sind ostdeutsche Regionen.

Die regionalen Unterschiede spiegeln sich auch darin, dass die FuE-Intensität in den Agglomerationen mit 6,8 Prozent um fast ein Drittel über dem Durchschnitt liegt, in den verstärkten Räumen mit 4,2 und in den ländlichen Räumen mit 3,0 Prozent jedoch weit darunter. Ostdeutschland erreicht lediglich 81 Prozent des bundesdeutschen Niveaus.

Tabelle 4

FuE-Intensität in technologieintensiven Branchen des verarbeitenden Gewerbes nach Regionstypen

Anteil der FuE-Beschäftigten an allen Beschäftigten

	1998		2007	
	In Prozent	Index ¹	In Prozent	Index ¹
Spitzentechnologie	9,7	100	11,8	100
Agglomerationsräume	11,4	117	14,3	121
Verstädterte Räume	8,0	83	9,2	78
Ländliche Räume	5,5	56	7,6	65
Westdeutschland	9,6	99	12,0	102
Ostdeutschland	10,1	104	10,4	88
Mittlere Hochtechnologie	6,7	100	7,9	100
Agglomerationsräume	8,2	123	9,8	123
Verstädterte Räume	5,0	75	6,4	81
Ländliche Räume	4,0	60	4,7	59
Westdeutschland	6,6	99	8,1	102
Ostdeutschland	7,3	109	6,6	83

¹ Deutschland = 100.Quellen: Beschäftigtenstatistik;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

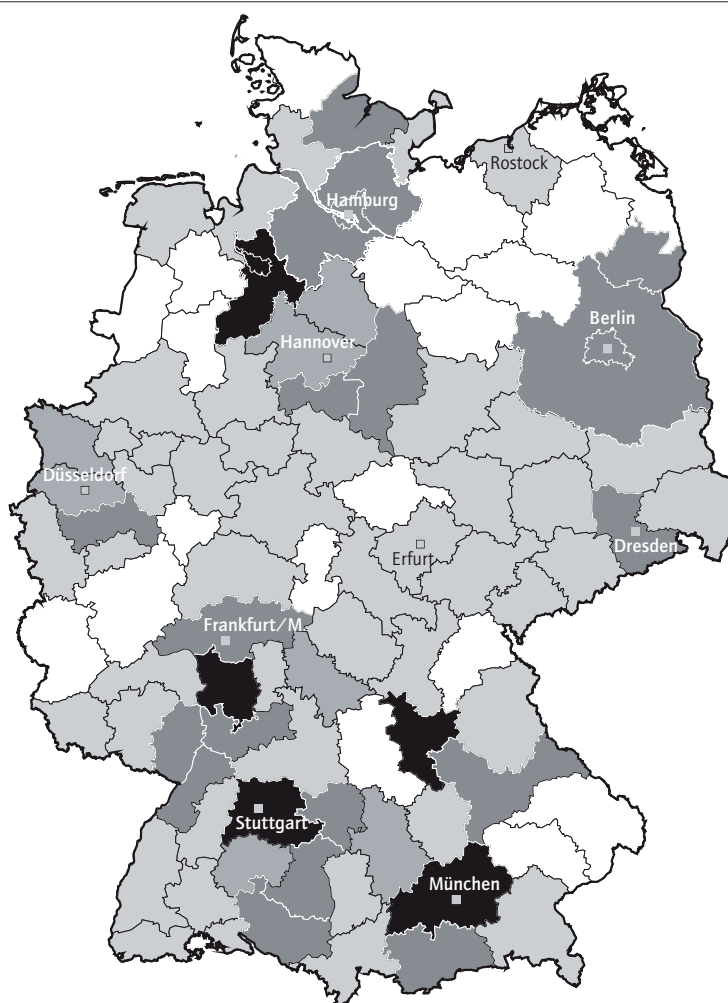
Bei der Spitzen- und Hochtechnologie ist die Hierarchie nach der Siedlungsdichte der Regionen ähnlich ausgeprägt. Auch der Anteil der überdurchschnittlich ausgestatteten Regionen ist in Westdeutschland deutlich höher als in Ostdeutschland. Differenzierte Auswertungen für die Gruppe der Branchen, die nur geringe FuE-Intensität aufweisen („Niedrigtechnologie“) zeigen ein anderes Bild. Hier ist der Anteil der überdurchschnittlich ausgestatteten Regionen in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Ostdeutsche Regionen sind überdurchschnittlich mit forschungsarmen Industrien besetzt, aber in diesen Branchen ist die FuE-Intensität in manchen Regionen deutlich höher als in westdeutschen Regionen.

Rückstand aufgeholt – oder Vorsprung verloren

Die FuE-Intensität im verarbeitenden Gewerbe ist zwischen 1998 und 2007 kontinuierlich – und weitgehend unbeeinflusst von konjunkturellen Schwankungen – gestiegen, von 4,2 Prozent auf 5,3 Prozent (Abbildung 3). Wie sich die Position der einzelnen Regionen in diesem Prozess verändert hat, zeigt sich, wenn die relative Position in der FuE-Intensität einer Region im Jahr 1998 der Veränderung dieser Position bis 2007 gegenübergestellt wird. Dabei wurden hier fünf Gruppen unterschieden: Regionen, die ihren Vorsprung ausgebaut, die ihren Rückstand abgebaut, die ihren Vorsprung eingebüßt, die ihren Rückstand

Karte

FuE-Intensität im verarbeitenden Gewerbe 2007 nach Regionen¹

Index² Deutschland = 100

Die FuE-Intensität 2007 der Region erreicht ... Prozent des Wertes für Deutschland

weniger als 50

95 bis unter 105

150 und mehr

50 bis unter 95

105 bis unter 150

¹ In der Abgrenzung der BBR.² Anteil der FuE-Beschäftigten an allen Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe.

Quellen: Beschäftigtenstatistik; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

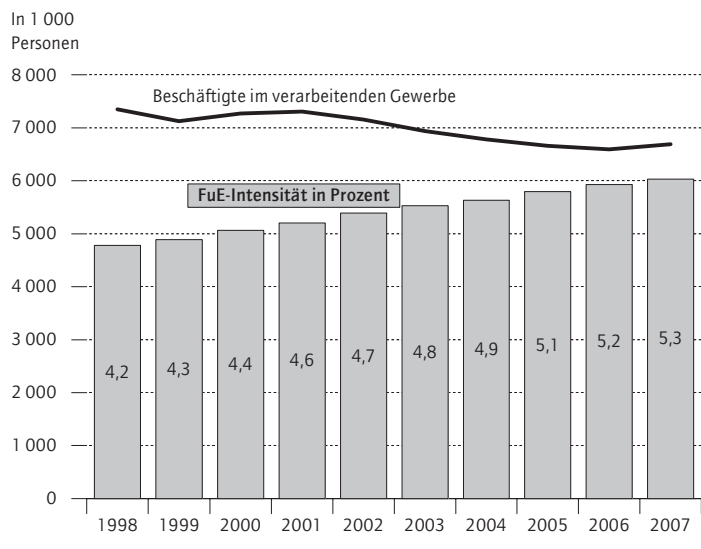
vergrößert oder die ihre Position nicht verändert haben (Abbildung 4 und Tabelle 5).⁷

Mehr als die Hälfte der Regionen hat ihre Position in Bezug auf die FuE-Intensität des verarbeitenden Gewerbes deutlich verändert. Nicht alle Agglomerationsräume konnten ihre Position verbessern. Nur fünf von 15 Verdichtungsräumen

⁷ Regionen, deren FuE-Intensität 1998 zwischen 95 und 105 Prozentpunkten des Bundesdurchschnitts erreichte, wurden hier zu Regionen mit durchschnittlicher Intensität zusammengefasst, und Regionen, deren relative Position sich gegenüber 2007 um weniger als fünf Prozentpunkte veränderte, gelten als Regionen, deren Position konstant geblieben ist.

Abbildung 3

Entwicklung der FuE-Intensität und der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe



Quellen: Beschäftigtenstatistik; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

mit überdurchschnittlicher Intensität erreichen dies, vier aber fielen zurück. Und unter den sieben rückständigen Agglomerationen konnte keine ihren Rückstand nennenswert aufholen, zwei fielen sogar noch weiter ab.

Bemerkenswert ist der Aufholprozess in der Gruppe der verstädterten Regionen: Fast zwei Fünftel der Regionen dieses Typs haben ihren Rückstand

aufgeholt oder ihren Vorsprung ausgebaut. Das ist mehr als in der Gruppe der ländlichen Räume (24 Prozent von ihnen sind Aufholer) oder der Agglomerationen (20 Prozent).

Auffällig sind auch die großen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland: Unter den wenigen ostdeutschen Regionen, die 1998 eine überdurchschnittliche FuE-Intensität aufwiesen, konnte nur eine ihre Position weiter ausbauen. Jedoch konnte keine der rückständigen Regionen ihre Position verbessern. In Westdeutschland haben dagegen die meisten rückständigen Regionen aufgeholt.

In der Region München lag die FuE-Intensität der Industrie bereits vor zehn Jahren um das 2,6-fache über dem Bundesdurchschnitt. Dabei ist es bis heute geblieben. Auch die Regionen Stuttgart, Nürnberg/Erlangen und Darmstadt haben ihre starke Stellung behauptet. Die Region Bremen baute ihre Position kräftig aus und kletterte von Rang 7 auf Rang 5. Deutlich zurückgefallen dagegen ist die Region Friedrichshafen.

In der „Spitzen-“ und „Mittleren Hochtechnologie“ spiegeln sich diese Ergebnisse. Für beide Bereiche gilt, dass in der Gruppe der verstädterten Regionen der Anteil der „Aufholer“ höher ist als in der Gruppe der ländlichen Regionen oder der Agglomerationen. Und auch unter den ostdeutschen Regionen ist der Anteil der „Aufholer“ deutlich niedriger als bei den westdeutschen.

Tabelle 5

Regionstypen nach der Veränderung der FuE-Intensität 2007 gegenüber 1998

Anteile in Prozent der jeweiligen Gruppe

	Regionen, die 2007 gegenüber 1998 ... haben				
	ihren Vorsprung ausgebaut	ihren Rückstand abgebaut	ihren Vorsprung eingebüßt	ihren Rückstand vergrößert	ihre Position nicht verändert
Verarbeitendes Gewerbe	8	22	8	17	46
Agglomerationsräume	20	0	16	8	56
Verstädterte Räume	5	33	2	21	38
Ländliche Räume	0	24	8	20	48
Westdeutschland	8	28	4	7	52
Ostdeutschland	5	0	19	52	24
Spitzentechnologie	5	25	15	21	34
Agglomerationsräume	2	24	19	17	38
Verstädterte Räume	0	40	4	28	28
Ländliche Räume	5	25	15	21	34
Westdeutschland	6	28	10	20	37
Ostdeutschland	5	14	33	24	24
Mittlere Hochtechnologie	5	29	12	24	29
Agglomerationsräume	12	12	32	0	44
Verstädterte Räume	2	38	5	26	29
Ländliche Räume	4	32	4	44	16
Westdeutschland	7	35	7	15	35
Ostdeutschland	0	10	29	52	10

Quellen: Beschäftigtenstatistik; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Fazit

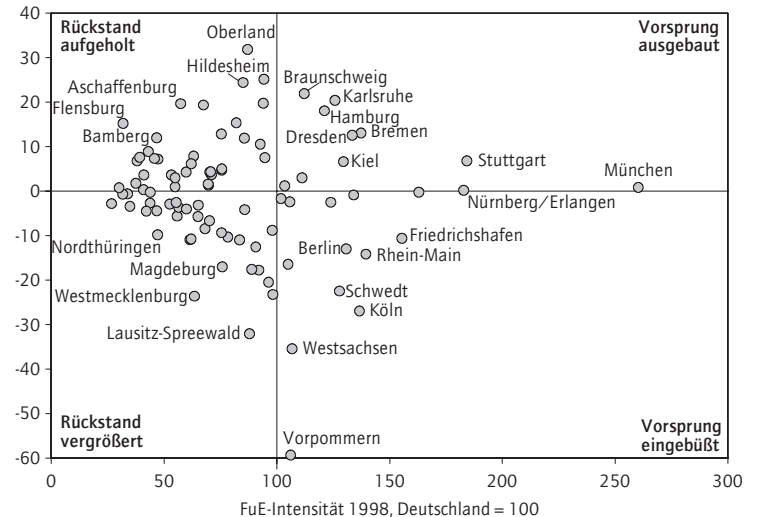
Alles in allem ist festzuhalten, dass die FuE-Aktivitäten im verarbeitenden Gewerbe regional deutlich stärker konzentriert sind als die Gesamtbeschäftigung im verarbeitenden Gewerbe. Im Zuge der Ausweitung der FuE-Beschäftigung ist die regionale Konzentration im Zeitverlauf etwa gleich geblieben, während für das verarbeitende Gewerbe insgesamt ein Trend zur räumlichen Dekonzentration beobachtet werden kann. Führende FuE-Regionen sind unangefochten München und Stuttgart. Gleichwohl zeigen die Ergebnisse, dass Verschiebungen in der Rangfolge nicht selten sind und neben Ballungsräumen zunehmend auch verstärkte Regionen als Standort für industrielle FuE in Erscheinung treten.

Die FuE-Intensität, gemessen als Anteil der FuE-Beschäftigten an allen Beschäftigten, streut stark. Am höchsten ist sie in München und Stuttgart, den Regionen mit den auch absolut meisten FuE-Beschäftigten. Im Zuge des Strukturwandels hat München seine Spitzenposition bei der FuE-Intensität behalten, Stuttgart hat seine ausgebaut. Unter den anderen Regionen hat etwa die Hälfte ihre Position behalten. Regionen, die aufgeholt haben, und Regionen, die zurückgefallen sind, halten sich in etwa die Waage. Ein Teil der FuE-starken Regionen hat seinen Vorsprung ausgebaut, ein anderer eingebüßt. Umgekehrt gibt es auch unter den schwach ausgestatteten Regionen

Abbildung 4

Relative Position der Regionen bei der FuE-Intensität im verarbeitenden Gewerbe 1998 und deren Veränderung gegenüber 2007

Veränderung 2007 gegenüber 1998



Quellen: Beschäftigtenstatistik; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Verlierer und Gewinner. Bei aller Unterschiedlichkeit und Heterogenität wird jedoch deutlich, dass unter den verstärkten Regionen besonders viele Aufsteiger sind. Auffällig ist auch, dass, von Ausnahmen abgesehen, Ostdeutschland als Forschungsstandort zurückgeblieben ist.

JEL Classification:
R12, O31, R3

Keywords:
Regional innovation
systems, Research and
development,
Manufacturing

Grundlegende Gewerbesteuerreformen haben deutliche Umverteilungswirkungen

Stefan Bach
sbach@diw.de

Frank Fossen
ffossen@diw.de

Zur Gewerbesteuer gibt es eine Reihe von Reformvorschlägen, die von einer reinen Gewinnsteuer bis zu einer Wertschöpfungsteuer reichen. Entsprechende Besteuerungskonzepte sind auch im Ausland anzutreffen. Analysen mit dem Unternehmensteuer-Mikrosimulationsmodell BizTax des DIW Berlin zeigen die Aufkommens- und Belastungswirkungen von grundlegenden Reformkonzepten für die Gewerbesteuer. Eine Verbreiterung der Besteuerungsgrundlagen würde das Aufkommen gleichmäßiger auf Unternehmen und Regionen verteilen. Eine verstärkte Besteuerung ertragsunabhängiger Elemente würde allerdings Unternehmen mit Verlusten oder niedrigen Gewinnen stärker belasten.

Die Gewerbesteuer gilt seit langem als reformbedürftig. Ursprünglich als kommunale „Realsteuer“ für alle Gewerbebetriebe mit ertragsunabhängigen Bemessungsgrundlagen konzipiert, wurde sie im Laufe der Zeit zu einer Gewinnsteuer für größere Unternehmen. Lohnsumme und Gewerbekapital wurden aus der Steuerbasis entfernt, die Hinzurechnung der Fremdkapitalzinsen beschränkt und die Freibeträge für Personenunternehmen erhöht. Kleinere Unternehmen bezahlen heute kaum Gewerbesteuer, Freiberufler und Landwirte sind seit jeher nicht steuerpflichtig.

Beklagt wird, dass die Gewerbesteuer eine Belastung der deutschen Unternehmen im internationalen Steuerwettbewerb bedeute, das Eigenkapital benachteilige, die Rechtsformneutralität verletze und einzelne Branchen privilegiere (freie Berufe, Landwirtschaft, Wohnungswirtschaft). Tatsächlich liegt die Grenzbelastung der Gewerbesteuer auf Unternehmensgewinne auch nach der Unternehmensteuerreform 2008 mit durchschnittlich etwa 14 Prozent noch recht hoch. Die Unternehmensteuerbelastung insgesamt ist dagegen deutlich gesunken. Kapitalgesellschaften wurden bei den Körperschaftsteuersätzen entlastet. Dadurch, sowie durch die Abschaffung des Betriebsausgabenabzugs, stieg das Gewicht der Gewerbesteuer bei der Unternehmensteuerbelastung. Personenunternehmen werden seit 2001 durch die weitgehende Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer entlastet.

Aus Sicht der besonderen Anforderungen der Gemeindebesteuerung hat die Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Steuerquelle viele Nachteile.¹ Der hohe Gewinnanteil an der Bemessungs-

¹ Zimmermann, H.: Gewerbesteuerreform – in welche Richtung? Wirtschaftsdienst 82, 2002, 465–470; Bach, S., Vesper, D.: Finanz- und Investitionskrise der Gemeinden erzwingt grundlegende Reform der Kommunalfinanzen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 31/2002; Junkernheinrich, M.: Reform des Gemeindefinanzsystems: Mission

grundlage bedeutet eine starke Abhängigkeit des Steueraufkommens von größeren Unternehmen und der Gewinnentwicklung. Die Einnahmen der Gemeinden sind damit nicht nur von der Konjunktur, sondern auch von einzelnen Branchen oder Unternehmen abhängig, die die lokale Wirtschaft prägen. Daher ist die Gewerbesteuer maßgeblich für die erhebliche Streuung in der Finanzkraftverteilung zwischen den Kommunen verantwortlich, die in vielen Fällen nicht bedarfsgerecht ist und die kommunalen Finanzausgleichssysteme belastet. Eine „fiskalische Äquivalenz“ zwischen steuerzahlenden Unternehmen und den kommunalen Leistungen an die Unternehmen ist kaum spürbar angesichts der Konzentration der Einnahmen auf wenige Unternehmen.

Verschiedene Reformversuche scheiterten, zuletzt im Rahmen einer Bund-Länder-Kommission zur Reform der Gemeinde финанzen 2002/2003 unter Einbeziehung von Gemeindeverbänden und der Tarifpartner.² Auch die Unternehmensteuerreform 2008 hat keinen Systemwechsel für die Gewerbesteuer mit sich gebracht.

Reformkonzepte für die Gewerbesteuer

Das DIW Berlin hat in einer Studie grundlegende Reformkonzepte für die Gewerbesteuer herausgearbeitet und empirisch untersucht.³ Ausgangspunkt ist ein internationaler Vergleich von kommunalen Unternehmensteuern (Tabelle 1). Daraus lassen sich verschiedene Grundmodelle identifizieren, die auch in der deutschen Diskussion präsent sind.⁴

Eine kommunale *Gewinnsteuer* gibt es in Luxemburg und Japan. Der Vorschlag der Bundesregierung zur Einführung einer gewinnbezogenen „Gemeindewirtschaftsteuer“ aus dem Jahr 2003 ging in diese Richtung, dabei sollten auch die Freiberufler einbezogen werden. Andere Länder haben kommunale Zuschläge auf die Körper-

schaft- oder Einkommensteuer. Diese belasten neben anderen Einkommen auch die Gewinne. Für Deutschland hat die Stiftung Marktwirtschaft vorgeschlagen, ein kommunales Hebesatzrecht von sechs bis acht Prozent des Gewinns auf eine einheitliche Unternehmensteuer einzuführen.⁵ Befürworter einer Gewinnsteuer lehnen die Besteuerung ertragsunabhängiger Elemente ab, um Unternehmen in Verlustphasen nicht zu belasten.

Die Kommunalverbände fordern eine „Revitalisierung“ der Gewerbesteuer durch eine breitere Besteuerung der *gewinn- und kapitalbezogenen Wertschöpfung*, um das Steueraufkommen gleichmäßiger auf Wirtschaftsbereiche und Regionen zu verteilen („Kommunalmodell“).⁶ Neben den Gewinnen sollen auch Zinsen und ähnliche Finanzierungsentgelte der Bemessungsgrundlage hinzugerechnet werden.⁷

Darüber hinaus gibt es Länder, deren Kommunen Steuern auf die gesamte *Wertschöpfung* der örtlichen Betriebe erheben, so in Italien oder Ungarn. Diese umfasst neben den entstandenen Unternehmens- und Vermögenseinkommen auch die Lohnsumme. Auch in der deutschen Reformdiskussion ist dieses Konzept präsent.⁸

Schließlich gibt es in vielen Ländern kommunale Steuern auf das betriebliche *Vermögen*. Diese werden entweder im Rahmen von Grundsteuern oder „property taxes“ auf Sachanlagen und andere Vermögenswerte der Unternehmen erhoben oder besteuern das Eigenkapital, ähnlich wie die frühere Gewerbekapitalsteuer in Deutschland.

In fast allen Ländern sind die *freien Berufe* in die kommunale Unternehmensbesteuerung integriert. Dies gilt teilweise auch für die Landwirtschaft. Letztere unterliegt häufig besonderen Betriebssteuern im Rahmen der Grundsteuer, so wie grundsätzlich auch in Deutschland.

Impossible? Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 72, DIW Berlin 2003, 423–443.

² Bundesministerium der Finanzen, Sekretariat der Arbeitsgruppe Kommunalsteuern: Bericht der Arbeitsgruppe Kommunalsteuern an die Kommission zur Reform der Gemeinde финанzen. Berlin, 20. Juni 2003, www.bundesfinanzministerium.de/nr_4486/DE/BMF/Startseite/Service/Downloads/Abt_V/007/template-Id=raw,property=publicationFile.pdf.

³ Fossen, F., Bach, S.: Reforming the German Local Business Tax – Lessons from an International Comparison and a Microsimulation Analysis. FinanzArchiv/Public Finance Analysis 64, 2008, 245–272.

⁴ Vgl. dazu auch Broer, M.: Ersatzvorschläge für die Gewerbesteuer: Darstellung und Vergleich einiger häufig genannter Ansätze. Wirtschaftsdienst 2001, 713 ff.; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2001/2002, Tz. 374 ff.; Bericht der Arbeitsgruppe Kommunalsteuern, a.a.O.; Zwick, M.: Alternative Modelle zur Ausgestaltung von Gemeindesteuern: mikroanalytische Quantifizierung der Einnahme-, der Einkommens- und der Verteilungseffekte. Statistisches Bundesamt, Statistik und Wissenschaft, Band 8, Wiesbaden 2007.

⁵ Stiftung Marktwirtschaft, Kommission „Steuergesetzbuch“ (Hrsg.): Einfacher, gerechter, sozialer: Eine umfassende Ertragsteuerreform für mehr Wachstum und Beschäftigung. Steuerpolitisches Programm. Berlin 2006, www.stiftung-marktwirtschaft.de/module/Steuerpolitisches-Programm-Druckfassung.pdf, 40 ff.

⁶ Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände: Vorschlag für eine modernisierte Gewerbesteuer. Köln, 28. 2. 2003, www.staedtetag.de/imperia/md/content/pressedien/2003/11.pdf.

⁷ Vgl. auch das Konzept einer kommunalen Betriebssteuer von Jarass, L., Obermair, G. M.: Von der Gewerbesteuer zur kommunalen Betriebssteuer. Wirtschaftsdienst 83, 2003, 157–163.

⁸ Reform der Gemeinde финанzen – ein Vorschlag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2003, www.m-junkerheinrich.de/aktuelles/bertelsmann_gemeindefinanzreform/reform_der_gemeindefinzen_bertelsmann_stiftung.pdf. Vgl. auch die früheren Vorschläge des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen: Gutachten zur Reform der Gemeindesteuern. Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen, Heft 31, Bonn 1982, 52 ff.; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1983/84, Tz. 399 ff. und Jahresgutachten 1995/96, Tz. 342; Bach, S., Vesper, D. a.a.O.

Mikrosimulationsanalysen mit BizTax

Um zu untersuchen, welche Wirkungen die möglichen Reformoptionen auf die Verteilung des Gewerbesteueraufkommens hätten, wird das Unternehmensteuer-Mikrosimulationsmodell BizTax des DIW Berlin eingesetzt.⁹ Es basiert auf einer repräsentativen Stichprobe aus der Gewerbesteuerstatistik 2001. Informationen über Freiberufler und Landwirte werden aus einer Stichprobe der Einkommensteuerstatistik 2001 hinzugefügt. Aktuellere Daten gibt es bisher nicht. Die Datenbasis wird durch Imputation weiterer Merkmale ergänzt und auf das Jahr 2008 fortgeschrieben. Auf dieser Grundlage kann die Gewerbesteuer-schuld für jedes Unternehmen in der Stichprobe nach geltendem Recht und für die verschiedenen Reformszenarien simuliert werden.

⁹ Siehe Bach, S., Buslei, H., Dwenger, N., Fossen, F.: Dokumentation des Mikrosimulationsmodells BizTax zur Unternehmensbesteuerung in Deutschland. DIW Data Documentation 29, Berlin 2008, www.diw.de/documents/publikationen/73/79803/diw_datadoc_2008-029.pdf.

Referenzszenario der Simulationen ist das geltende Recht des Jahres 2007, vor Inkrafttreten der Unternehmensteuerreform 2008. Die Wirkungen der Unternehmensteuerreform 2008 werden hier nicht betrachtet. Die Modelldatengrundlage aus der Gewerbe- und Einkommensteuerstatistik enthält keine Informationen zur Ableitung der steuerpflichtigen Gewinne aus der steuerlichen Gewinnermittlung. Daher können einige Maßnahmen der Unternehmensteuerreform zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen nicht präzise simuliert werden.¹⁰ Nach Angaben der Bundesregierung im Gesetzgebungsverfahren dürfte die Reform für die Gewerbesteuer weitgehend aufkommensneutral ausfallen. Simulationen mit BizTax zu den Wirkungen der Reform ohne die Maßnahmen bei der Gewinnermittlung

¹⁰ Dies betrifft insbesondere die Verschärfung der Abschreibungsbedingungen, die Einschränkung von „Funktionsverlagerungen“ ins Ausland und die Nutzung von Verlustvorträgen bei Gesellschafterwechsel sowie die Einführung einer „Zinsschranke“ gegen hohe Fremdfinanzierung.

Tabelle

Bemessungsgrundlagen und Aufkommen kommunaler Unternehmensteuern¹ in ausgewählten OECD-Ländern

	Bemessungsgrundlagen							Aufkommen 2004 ² in Prozent des		Nachrichtlich:	
	Betriebliche Wertschöpfung			Betriebskapital		Zuschläge zur Körperschaft- steuer	Andere Produktions- faktoren	Bruttoinlands- produkts	Gemeinde- steuer- aufkommens	Grundsteuer	Zuschläge zur Einkommen- steuer
	Gewinn	Zins- ausgaben	Lohnsumme	Sach- anlagen	Eigen- kapital						
Deutschland	✓	✓						1,3	50,0	✓	
Frankreich				✓				1,3	26,4	✓	✓
Belgien							✓			✓	✓
Niederlande										✓	
Österreich			✓					0,8	20,7	✓	
Dänemark										✓	✓
Finnland										✓	✓
Schweden										✓	✓
Luxemburg	✓							1,7	91,3	✓	
Großbritannien										✓	
Irland										✓	
Italien	✓	✓	✓					2,3	33,4	✓	
Spanien							✓	0,2	1,6	✓	
Portugal						✓		0,2	12,4	✓	
Griechenland										✓	
Polen										✓	
Tschechische Rep.										✓	
Slovakische Rep.										✓	
Ungarn	✓	✓	✓					1,5	65,0	✓	
Norwegen										✓	
Schweiz					✓	✓	✓	0,5	10,9	✓	✓
Türkei										✓	
USA	✓	✓	✓	✓	✓	✓		0,0	1,0	✓	✓
Kanada										✓	
Japan	✓					✓		0,0	21,5	✓	✓
Australien										✓	
Neuseeland										✓	

¹ Unternehmensteuern mit Besteuerungsautonomie der Gemeinden, zum Beispiel dem Recht zur Veränderung des Steuer-/Hebesatzes.

² Ohne Vermögens- und Betriebskapitalsteuern auf Sachanlagen oder andere Vermögensgegenstände der Unternehmen.

Quelle: Fossen, F., Bach, S., a.a.O.

zeigen keine größeren Verschiebungen in den Belastungsrelationen der Gewerbesteuer.¹¹

Dem Referenzszenario werden grundlegende Steuerreformszenarien gegenüber gestellt. Es werden jeweils aufkommensneutrale Reformen unterstellt, indem die Steuermesszahl gesenkt wird, um ein Mehraufkommen zu vermeiden. Verhaltensanpassungen der Unternehmen und sonstige wirtschaftliche Folgewirkungen der Reformen werden ausgeblendet.

Zunächst wird eine *Einbeziehung der Freiberufler und Landwirte* in die Gewerbesteuer bei sonst unverändertem 2007er Steuerrecht untersucht. Die weiteren Reformkonzepte erfassen ebenfalls diese Steuerpflichtigen. Die *Gemeindewirtschaftsteuer* wird allein auf die Gewinne erhoben. Das *Kommunalmodell* erweitert die Bemessungsgrundlage um Zinsen und vergleichbare Finanzierungsentgelte im Rahmen von Mieten, Pachten und Leasingraten. Die *Wertschöpfungssteuer* erfasst zusätzlich die Lohnsumme. Die kommunale *Property Tax* belastet zehn Prozent der Sachanlagen der Unternehmen. Außer bei der Gemeindewirtschaftsteuer bleibt der Betriebsausgabenabzug der Gewerbesteuer erhalten. Der Freibetrag für Personenunternehmen von 24 500 Euro bleibt unverändert, mit Ausnahme der Wertschöpfungssteuer, bei der er auf 36 000 Euro angehoben wird, um trotz der erheblich ausgeweiteten Bemessungsgrundlage die gleiche Zahl an Unternehmen freizustellen. Die Messzahl-Staffelung für Personenunternehmen wird bei allen Reformvarianten abgeschafft.

Eine breitere Bemessungsgrundlage würde das Gewerbesteueraufkommen gleichmäßiger verteilen

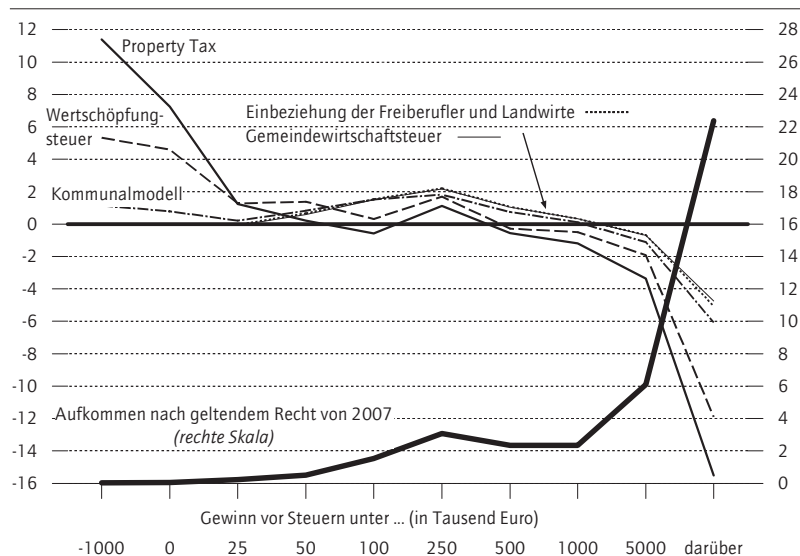
Die Simulation zum Referenzszenario zeigt, dass das Gewerbesteueraufkommen im geltenden Recht 2007 stark auf Unternehmen mit großen Gewinnen konzentriert ist (Abbildung 1). Unternehmen mit einem Gewinn vor Steuern von mehr als fünf Millionen Euro zahlen über 22 Milliarden Euro Gewerbesteuer, das entspricht 58 Prozent des Gesamtaufkommens. Der Beitrag von Unternehmen mit Verlusten oder kleinen Gewinnen ist trotz der Hinzurechnung der Hälfte der Dauerschuldzinsen vernachlässigbar.

Die diskutierten aufkommensneutralen Reformszenarien würden diese Konzentration auf gewinnstarke Unternehmen verringern. Am

Abbildung 1

Verteilungseffekte der Optionen einer Gemeindesteuerreform nach dem Gewinn vor Steuern für das Jahr 2008

In Milliarden Euro



Quelle: Fossen, F., Bach, S., a.a.O.

DIW Berlin 2008

stärksten wäre dieser Effekt bei der Property Tax. Firmen mit Gewinnen über fünf Millionen Euro würden in diesem Szenario knapp 16 Milliarden Euro oder 69 Prozent weniger als im geltenden Recht 2007 zahlen, dafür würde die Gewerbesteuerschuld bei Unternehmen mit Verlusten von mehr als einer Million Euro um gut elf Milliarden Euro steigen. In dieser Klasse finden sich Großunternehmen mit erheblichem Kapital, die sich in einer Verlustphase befinden. Die Wertschöpfungssteuer würde aufgrund der Einbeziehung der Lohnsumme zur zweitstärksten Umverteilung führen. Auch eine aufkommensneutrale Ausweitung der Bemessungsgrundlage durch Einbeziehung der Freiberufler und Landwirte oder durch Besteuerung von Finanzierungsaufwendungen (Kommunalmodell) würde gewinnstarke Unternehmen ent- und die übrigen belasten, allerdings in weit geringerem Ausmaß.

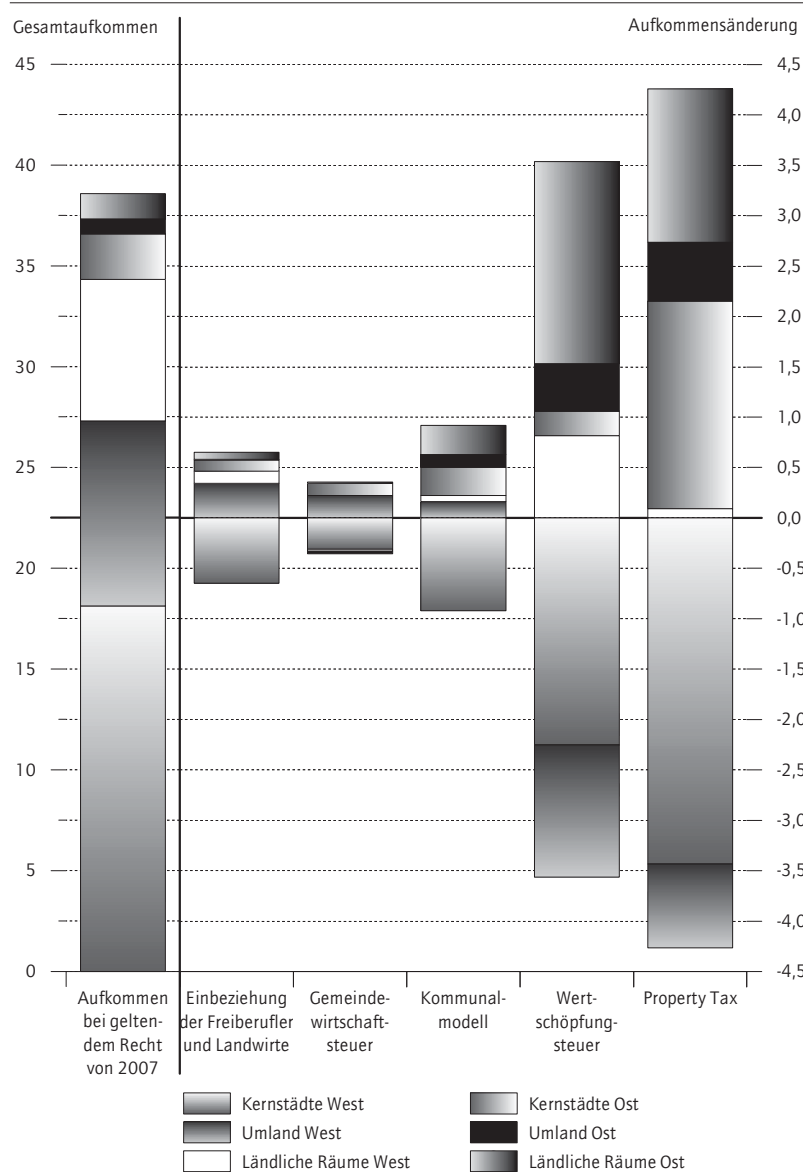
Abbildung 2 zeigt wie die verschiedenen Reformoptionen das Gewerbesteueraufkommen über die Regionen umverteilen würden. Der linke Balken gibt die Aufteilung nach geltendem Recht von 2007 wieder (linke Skala). Von den knapp 39 Milliarden Euro Gesamtaufkommen entfallen 18 Milliarden Euro auf westdeutsche Kernstädte (769 Euro pro Einwohner) und neun Milliarden Euro auf Umlandgemeinden in den westdeutschen Bundesländern (405 Euro pro Einwohner). In den neuen Bundesländern inklusive Berlin entstehen nur gut vier Milliarden Euro Gewerbesteuer (254 Euro pro Einwohner). Auch die Re-

¹¹ Fossen, F., Bach, S., a.a.O., 261 ff.

Abbildung 2

Verteilungseffekte der Optionen einer Gemeindesteuerreform nach Regionen für das Jahr 2008

In Milliarden Euro



Quelle: Fossen, F., Bach, S., a.a.O.

DIW Berlin 2008

JEL Classification:
H71, H25, C8Keywords:
Local business tax,
Microsimulation,
Local taxation,
Tax reform

gionalverteilung des Gewerbesteueraufkommens ist also sehr stark konzentriert.

Die Gewinn-/Verlust-Darstellung zeigt, dass die fünf grundsätzlichen Reformoptionen auch die regionale Konzentration verringern würden.

Da diese Reformvarianten aufkommensneutral sind, gleichen sich Gewinner und Verlierer jeweils insgesamt aus, was an den gleichgroßen Balken über und unter der Null-Linie zu erkennen ist. Bei allen Szenarien verringert sich das Aufkommen in westdeutschen Kernstädten. Gewinner sind die ostdeutschen Bundesländer und ländliche Räume. Wieder ist die Umverteilung am stärksten bei der Property Tax und bei der Wertschöpfungssteuer. Hier gehören auch Umlandgemeinden in Westdeutschland zu den Verlierern, die in den anderen Szenarien etwas hinzugewinnen.

Fazit

In verschiedenen Ländern haben lokale Unternehmensteuern ganz unterschiedliche Bemessungsgrundlagen, von einer reinen Gewinnsteuer bis hin zu einer Wertschöpfungssteuer oder Betriebskapitalsteuer. Entsprechende Reformvorschläge für die Gewerbesteuer sind in der deutschen Steuerpolitik präsent. Analysen mit dem Unternehmensteuermodell BizTax des DIW Berlin zu grundlegenden Reformkonzepten der Gewerbesteuer zeigen, dass eine Verbreiterung der Besteuerungsgrundlagen das Aufkommen gleichmäßiger auf Unternehmen und Regionen verteilen würde. Die heute stark ausgeprägte Konzentration des Steueraufkommens auf Unternehmen mit hohen Gewinnen und auf Kernstädte in Westdeutschland würde sich verringern. Eine weniger gewinnabhängige Besteuerung würde auch das Aufkommen stabiler machen. Eine verstärkte Besteuerung ertragsunabhängiger Elemente würde allerdings kleine Unternehmen und Unternehmen mit Verlusten oder schwachen Gewinnen stärker belasten, was zu Liquiditätsproblemen führen und ihre wirtschaftliche Erholung erschweren könnte. Die Anrechnung auf die Einkommensteuer könnte das nur teilweise kompensieren, da sie nur bei einkommensteuerpflichtigen Gewinnen wirksam wird. Würden Freiberufler und Landwirte in die Gewerbesteuer oder in die Gemeindegewerbesteuer einbezogen, würden sie durch die Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer dagegen kaum effektiv zusätzlich belastet. Insoweit würden allerdings die Einnahmen bei der Einkommensteuer zurückgehen.

Christian Dreger, Jürgen Wolters

Money Velocity and Asset Prices in the Euro Area

Monetary growth in the euro area has exceeded its target since several years. At the same time, the money demand function seems to be increasingly unstable if more recent data are used. If the link between money balances and the macroeconomy is fragile, the rationale of monetary aggregates in the ECB strategy has to be doubted. In fact, a rise in the income elasticity after 2001 can be observed, and may reflect the exclusion of real and financial wealth in conventional specifications of money demand. This presumption is explored by means of a cointegration analysis. To separate income from wealth effects, the specification in terms of money velocity is preferred. Evidence for the presence of wealth in the long run relationship is provided. In particular, both stock and house prices have exerted a negative impact on velocity after 2001 and lead to almost identical equilibrium errors. The extended error correction model is stable over the entire sample period and survive a battery of specification tests.

Discussion Paper No. 813

September 2008

Konstantin Kholodilin, Alberto Montagnoli, Oreste Napolitano, Boriss Siliverstovs

**Assessing the Impact of the ECB's Monetary Policy on the Stock Markets:
A Sectoral View**

This paper analyzes the response of the European stock markets to the monetary policy shocks by the European Central Bank using the heteroskedasticity based approach of Rigobon (2003). We find that monetary policy tightening has a heterogeneous impact on the Euro Area sectors on the day the monetary policy is publicly announced. Furthermore, we provide statistical evidence against the use of the popular event study approach when assessing the impact of monetary policy shocks on the stock market as the maintained assumptions can be rejected for the aggregate stock market and for most of the sectoral stock market indexes.

Discussion Paper No. 814

September 2008

Amelie Constant

**Businesswomen in Germany and Their Performance by Ethnicity:
It Pays to Be Self-Employed**

In this paper I assert that the entrepreneurial spirit can also exist in salaried jobs. I study the determinants of wages and the labor market success of two kinds of entrepreneurial women in Germany - self-employed and salaried businesswomen - and investigate whether ethnicity is important in these challenging jobs. Employing data from the German Socioeconomic Panel I estimate selection adjusted wage regressions for both types of businesswomen by country of origin. I find that self-employment offers businesswomen a lucrative avenue with higher monetary rewards, albeit for a shorter spell. If salaried businesswomen went into self-employment, they would receive considerably higher wages and for at least 30 years. However, if self-employed businesswomen went into salaried jobs, their wages would decline, suggesting that it is the self-employment sector that offers better opportunities and monetary success. Self-employed women in Germany fare well and most importantly, success does not depend on their ethnicity.

Discussion Paper No. 815

August 2008

Nachrichten aus dem DIW Berlin

Vom 23. bis 26. September 2008 findet in Graz die Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik (VfS) statt. Thema der Kerntagung ist in diesem Jahr „Experimentelle Ökonomie: Neue Wege, neue Erkenntnisse?“

Beiträge des DIW Berlin

Pio Baake

Accidents, Liability Obligations and Monopolized Markets for Spare Parts: Profits and Social Welfare.

Oleg Badunenko, Thomas Kick, Rouslan Moro
Improving Accuracy of Insolvency Prediction for German Savings Banks and Credit Cooperatives.

Nataliya Barasinska, Dorothea Schäfer, Andreas Stephan
Do Risk Attitudes and Diversification Match? Evidence from German Households' Portfolios.

Katja Coneus, C. Katharina Spiess
The Intergenerational Transmission of Health in Early Childhood

Christian Dreger, Jürgen Wolters
M3 Money Demand and Excess Liquidity in the Euro Area.

Nadja Dwenger, Sebastian Braun, Dorothea Kübler
Telling the Truth May Not Pay Off: An Empirical Study of Centralised University Admissions in Germany.

Frank Fossen
Would a Flat Tax Stimulate Entrepreneurship in Germany? A Behavioural Microsimulation Analysis Allowing for Risk.

Joachim R. Frick, Markus M. Grabka, Eva Sierminska
Examining the Gender Wealth Gap in Germany

Guido Heineck, Silke Anger
The Effects of Intelligence and Personal Traits on Earnings - First Evidence from Germany

Jens Schmidt-Ehmcke, Petra Zloczynski
Technology Portfolio and Market Value.

Rouslan Moro, Wolfgang Härdle, Dorothea Schäfer
Estimating Probabilities of Default With Support Vector Machines

Dorothea Schäfer, Wolfgang Härdle, Yuh-Jye Lee, Yeh Yi-Ren
The Default Risk of Firms Examined with Smooth Support Vector Machines

Vanessa von Schlippenbach, Christian Wey
One-stop Shopping Behavior and Upstream Merger Incentives.

Jonas Schreyögg, Markus M. Grabka
Copayments for Ambulatory Care in Germany: A Natural Experiment Using a Difference-in-Difference Approach.

Thomas Siedler, J. Ermisch, D. Gambetta, H. Lauri, N. Uhrig
Measuring People's Trust.

Viktor Steiner, Katharina Wrohlich
Would Increased Financial Aid for Students Raise Enrolment into University Education? New Evidence for Germany.

Stefan Bach, Giacomo Corneo, Viktor Steiner
Effective Taxation of Top Incomes in Germany, 1992–2002

Irina Suleymanova, Christian Wey
Bertrand Competition in Markets with Network Effects and Switching Costs.

Achim Kemmerling, Andreas Stephan
Determinants and Productivity of Regional Transport Investment in Europe

Ulrich Fritzsche, Jonas Dovern
Estimating Fundamental Cross-Section Dispersion from Fixed Event Forecasts

DIW Berlin, IZA Bonn und CEPR London laden ein zum Berlin Lunchtime Meeting

Prof. Dr. Ludger Wößmann
Ludwig-Maximilians-Universität München

Letzte Chance für gute Schulen **Die 12 großen Irrtümer und was sich wirklich ändern müsste**

15. Oktober 2008, 12.00 s.t. – 14.00 Uhr

DIW Berlin, Mohrenstr. 58, 10117 Berlin
Schumpeter-Saal, 1. OG

Moderator: PD Dr. Hilmar Schneider, IZA Bonn

Spätestens seit dem PISA-Schock wissen wir: Unsere Schüler lernen zu wenig. Warum ist das so, und was müssen wir wirklich ändern? Aufgrund umfangreicher empirischer Analysen räumt Ludger Wößmann mit zwölf großen Irrtümern auf und stellt ihnen zwölf teilweise überraschende Fakten gegenüber.

Beispiele: Sind wir erst seit PISA so mittelmäßig? Nein, schon seit vierzig Jahren stauen sich unsere Probleme. Muss das dreigliedrige Schulsystem abgeschafft werden? Ja. Brauchen wir wirklich mehr Geld? Nein. Brauchen wir mehr Privatschulen? Ja.

Ludger Wößmann hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Bildungsökonomik inne. Außerdem ist er Bereichsleiter Humankapital und Innovation am ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München.

Hilmar Schneider ist seit Juli 2001 Direktor für Arbeitsmarktpolitik am IZA, Bonn. Darüber hinaus ist er seit 2002 Research Affiliate des DIW Berlin. 2006 wurde er zum Mitglied im Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten ernannt und 2007 zum Mitglied der Zensuskommission berufen.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und bitten Sie, Ihre **verbindliche Anmeldung** bis spätestens 1. Oktober 2008 via e-mail an events@diw.de zu senden.

Berlin Lunchtime Meeting ist eine Veranstaltung von



DIW Berlin



IZA Bonn



CEPR London

mit freundlicher Unterstützung der Deutsch-Britischen Stiftung

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Dr. Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.



Europa braucht eine zentrale Finanzaufsicht

von Mechthild Schrooten*

Die Finanzwelt kommt nicht zur Ruhe – auch diesseits des Atlantiks. Binnen zwei Wochen werden in der deutschen Bankenbranche zwei Milliarden geschäfte abgewickelt: Die Commerzbank übernimmt die Dresdner Bank, die Deutsche Bank steigt bei der Postbank ein. Es geht um Größe und Effizienz und darum, noch größere Global Player entstehen zu lassen. Indes zeigen deutliche Kursverluste, dass die Aktienmärkte diese Pläne nicht uneingeschränkt gutheißen.

Die aktuellen Zusammenschlüsse verändern das deutsche Bankensystem nachhaltig. Doch dass Größe nicht immer Effizienz bedeutet, zeigen die seit Monaten wiederkehrenden Negativmeldungen aus der amerikanischen Finanzwelt. Dort sind es gerade die großen Kreditinstitute, denen das Ruder aus der Hand gleitet – und die über Nacht in einem schwarzen Loch verschwinden. Wie der Zauberlehrling so rufen die Banken inzwischen zunehmend nach einem Meister, der die Probleme behebt. Doch wer kann diese Rolle übernehmen?

Die führenden Notenbanken haben sofort reagiert, als es um die Illiquidität des Bankensektors ging: Mit milliardenschweren Geldinjektionen versuchten sie, die angespannten Märkte zu beruhigen. Doch mittlerweile hat sich die Liquiditätskrise zur Solvenzkrise gemausert. Es geht nicht länger nur um die kurzfristige Beschaffung von frischem Geld, sondern um die Zahlungsfähigkeit einer ganzen Reihe von Kreditinstituten. Langfristig kann die Verstaatlichung wohl kaum ein ganzes System retten. Auch Deutschland kann sich noch längst nicht auf trockenem Boden wägen. Daher ist Prävention gefordert, und dazu ist eine leistungsfähige Finanzaufsicht unabdingbar.

Aber wie reagiert die deutsche Bankenaufsicht auf die aktuellen Entwicklungen? Bislang im Wesentlichen passiv – das ist fatal. Auch schien die nationale Aufsichtsbehörde regulativ weitgehend abwesend, als die Kreditinstitute immer größere Mengen Subprime-Kredite in ihr Portfolio nahmen. Diese Tatenlosigkeit verdeutlicht, dass in Zeiten der Europäisierung und Internationalisierung eben auch die Europäisierung und Internationalisierung von Behörden durchaus sinnvoll sein kann. Ein bisschen Personalaustausch zwischen den einzelstaatlichen Behörden wie derzeit üblich reicht dazu nicht aus. Was Europa braucht, ist ein über nationale Grenzen hinausreichender Ordnungsrahmen: die Schaffung einer leistungsfähigen europäischen Finanzaufsicht.

Damit muss nicht zwangsläufig ein Mehr an Bürokratie einhergehen. Vielmehr kann es gerade durch die Vereinheitlichung von Spielregeln zu einem Mehr an Transparenz kommen. Davon dürften dann nicht nur Geschäftsbanken und Anleger profitieren – die Etablierung einer europäischen Finanzaufsicht wäre ein starkes Signal an die internationalen Finanzmärkte und zugleich ein wichtiger Schritt für Europa.

* Prof. Dr. Mechthild Schrooten ist Forschungsprofessorin am DIW Berlin.